

Auf Kriegsfuss mit der Wirklichkeit

Der Euro scheitert, das Volk murren, doch für Deutschlands Politiker scheint alles in Ordnung zu sein

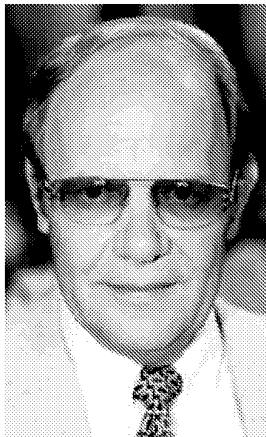
Von Hansjörg Müller

«Kohls Eurowahn macht uns alle zum Sozialfall – Europa ja, aber Euro nein», hiess es 1998 in ganzseitigen Inseraten in deutschen Zeitungen. Wenn die starke D-Mark mit der schwachen italienischen oder spanischen Währung vermischt werde, müsse dies zu einer Geldentwertung und damit zu einer Verarmung breiter Bevölkerungsschichten führen. Nur die exportorientierten Grosskonzerne würden von der Gemeinschaftswährung profitieren.

Der Financier der teuren Inserate: Bolko Hoffmann. Ernst genommen wurde der Düsseldorfer Geschäftsmann nicht. Seine Partei «Initiative Pro D-Mark – neue liberale Partei» wurde von den deutschen Medien wenn nicht für rechtspopulistisch, so doch zumindest für dubios erklärt. Die Zeitungen bemühten sich, Hoffmann als groteske Figur darzustellen: ein Hanswurst und Egomane, der almodische, protzige Goldrandbrillen trug und in seinem Büro stolz die Pokale präsentierte, die er bei lächerlichen Golfturnieren gewonnen hatte.

Möglicherweise hatten die Journalisten mit ihrer Einschätzung nicht ganz unrecht: Jahre später, 2003, tat sich Hoffmann mit dem Hamburger Regionalpolitiker Ronald Barnabas Schill zusammen, einem skandalumwitterten Ex-Richter, der sich später, nach zahlreichen Kokain-Eskapaden, nach Brasilien absetzte.

Trotzdem: Vielleicht hat Hoffmann, der versportete Protestpolitiker, recht behalten. Während das Establishment – die grossen, seriösen Zeitungen und



Ein Mahner. Financier Bolko Hoffmann kritisierte den Euro bereits, als es um dessen Einführung ging. Foto Keystone

die etablierten Parteien – falsch lagen. Sympotatisch für ein Land, in dem sich der politisch-mediale Komplex schon längst um Lichtjahre von der Bevölkerung entfernt hat.

Griechenland als Protektorat

Wahrscheinlich werden weder der Euro noch die EU in ihrer jetzigen Form überleben. Die Gemeinschaftswährung könnte nur Bestand haben, wenn man sich auf eine gemeinsame Wirtschafts- und Fiskalpolitik einigte. Dies würde

aber bedeuten, dass man die südeuropäischen Schuldenstaaten zu blossen Protektoraten der EU reduzierte. Anders gesagt: Über den griechischen Haushalt würde dann in Brüssel entschieden – wenn nicht gleich in Berlin. Kaum anzunehmen, dass sich Griechen, Spanier oder Italiener dies auf Dauer gefallen liessen.

Auch die meisten Deutschen ahnen: Der Euro ist eine Fehlkonstruktion. Ende Juni hatten nur noch 19 Prozent der Deutschen Vertrauen in ihre Währung. 89 Prozent waren der Ansicht, die europäische Schuldenkrise sei durch weitere Hilfspakete nicht zu lösen. Offensichtlich hat die Bevölkerung den Euro aufgegeben. Doch das Bizarre ist: In der deutschen Politik schlägt sich diese Stimmung kaum nieder. «Zeigen Sie mir eine stärkere Währung als den Euro», sagte der frühere bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber vergangene Woche noch der «Weltwoche».

Die Welt als schöner Traum

Die grosse Schwäche der deutschen Politiker und Journalisten: Man stellt sich die Welt immer so vor, wie man sie gerne hätte. Es wäre doch schön, denkt man, wenn ein vereintes Europa entsteht, das auf Augenhöhe mit Amerika, China und Indien Grossmachtpolitik machen könnte.

Europa befindet sich heute «in einer fast identischen Situation» wie die USA nach ihrer Unabhängigkeit, behauptete der frühere deutsche Ausussenminister Joschka Fischer. Nun müsse auch der alte Kontinent den «Schritt hin zu einer echten Konföderation tun».

Das Problem ist nur: Auf demokratischem Wege ist das nicht zu erreichen. Und aus wirtschaftlichen Gründen kann es nicht funktionieren. Doch all dies ignorieren deutsche Politiker und Journalisten.

Diffuses Unbehagen

Man versucht, die «Vereinigten Staaten von Europa» zu bauen, und wenn man sieht, dass es nicht funktioniert, tut man einfach so, als wäre alles in bester Ordnung. Und so gibt in Deutschland heute eine politische Elite den Ton an, die mit der Realität auf dem Kriegsfuss steht.

Die Unzufriedenheit der Bürger über die politische Klasse manifestiert sich vorerst auf Nebenschauplätzen: Das zeigt sich etwa an den Protesten gegen den neuen Stuttgarter Bahnhof, einem absurden Pfadfindertreffen von solch disparaten Gruppen wie Stuttgarter Grossbürgern, «Baumschützern», Berufsprotestlern und Studenten. Die Auseinandersetzung wird seit Monaten mit einer solchen Erbitterung geführt, dass jedem Betrachter klar sein muss: Es geht um mehr als nur um das umstrittene Bahnhofprojekt.

Es ist ganz und gar offensichtlich, dass hier ein diffuses Unbehagen zum Ausdruck kommt, dessen Ursachen tiefer liegen. Vorerst sind es die Grünen, die von der immer grösseren Verdrossenheit in der Bevölkerung profitieren können. Das ist eigentlich paradox, sind die Grünen doch heutzutage die Establishment-Partei schlechthin. Dennoch gelingt es ausgerechnet ihnen, von der Wut der Bürger auf «die da oben» zu profitieren.

Doch schon jetzt redet kaum einer mehr über den Atomausstieg und Stuttgart 21. Wie geht es weiter in Deutschland, wenn die Grünen einmal nicht mehr auf der populistischen Welle surfen und die Unzufriedenen für sich gewinnen können? Im günstigeren Fall tritt irgendwann einmal ein wirklicher Liberaler auf den Plan, der es wagt, das Scheitern der EU und des Euro offen zu benennen.

Möglicherweise könnte der FDP-Dissident Frank Schäffler dieser Politiker sein. Schäffler lehnt weitere Hilfspakete für Länder wie Griechenland kategorisch ab, wofür ihm die deutschen Medien reflexhaft Populismus vorwerfen. Im schlimmsten Fall aber könnte auch ein wirklicher Populist die Bühne betreten, einer wie der verstorbene Österreicher Jörg Haider, der dem Volk das Blaue vom Himmel herunter verspricht. Leider ist Letzterer in Deutschland wesentlich wahrscheinlicher, denn über eine liberale Tradition verfügt das Land nicht.

Hoffmann verpasst den Triumph

Zunächst eines ist sicher: Hoffmann wird die Früchte seiner politischen Arbeit nicht mehr ernten können. Er ist am 20. August 2007 gestorben. Für einen Euro erhielt man an seinem Todestag 1.66 Franken. Aus heutiger Sicht ein geradezu astronomischer Betrag. Damals stöhnte die deutsche Exportwirtschaft über den starken Euro.

Der Triumph, recht gehabt zu haben, blieb Bolko Hoffmann also versagt. Ein «Quertreiber und Wüterich» sei er gewesen, schrieb die «Frankfurter Allgemeine» in ihrem Nachruf.

Neu erschienen

Stimme für Tschernobyl

Von Dominique Burckhardt

Noch ein Buch zu Tschernobyl, ist man versucht zu sagen. Und klar, allein schon mit der Wahl des Themas wird Stellung bezogen. Aus ihrer Abneigung gegen Atomenergie machen Peter Jaeggi und seine Mitautoren von «Tschernobyl für immer» denn auch keinen Hehl. Wie schreibt der französische Nuklearchemiker und Filmemacher Alain de Halleux in seinem Beitrag? «In Sachen Kernenergie gibt es nämlich keine Objektivität. Wer behauptet, er argumentiere neutral, der lügt.»

Da sind wir auch schon mitten in einem der umstrittensten Themen im Zusammenhang mit der Atomkatastrophe von Tschernobyl: bei den Opferzahlen. Laut der Internationalen Atomenergie-Organisation, jenem UNO-Gremium, das die Sicherheit von atomaren Anlagen überwachen und die Herstellung von Atomwaffen verhindern soll, forderte der atomare Unfall 24 direkte Todesopfer; hinzu kamen 4000, die an Schilddrüsenkrebs erkrankten. Die atomkritische Umweltorganisation Greenpeace hingegen spricht von Millionen Opfern. «Geht man das Thema Atomenergie an», schreibt Halleux, «muss man zugeben, dass man eine Welt des Unsichtbaren, der Wahrscheinlichkeiten, der Unsicherheiten betritt.»

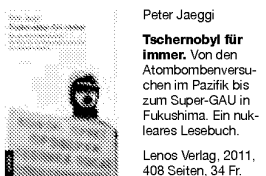
Augenzeugen sprechen

Sehr real dagegen wirken die Augenzeugen von Tschernobyl – Ungesiedelte, ehemalige Schüler, Wissenschaftler, Liquidatoren –, denen in dem eben erschienenen Sammelband eine Stimme verliehen wird. Die Porträts von Weissrussinnen und Weissrussen, deren Heimat von der Katastrophe im ukrainischen Tschernobyl am stärksten getroffen wurde, gehen unter die Haut. Überraschend, aber nicht weniger erschreckend ist das Kapitel über Moldawien. Erst 2007 wurde in diesem kleinen Staat über die Katastrophe von 1986 zu diskutieren begonnen. Zuvor hatte die Obrigkeit die Bevölkerung jahrzehntlang angelogen über die Bedrohung, die vom Atomfall in der benachbarten Ukraine ausging. Auch,

wie die Atomwolke, die über Europa zog, die Schweiz streifte, liest man nochmals nach.

So aktuell wie möglich

Doch das Buch reicht viel weiter als Tschernobyl. Geplant vor der Katastrophe im japanischen Fukushima in diesem März, bezieht es diese mit ein. «Tschernobyl für immer. Von den Atombombenversuchen im Pazifik bis zum Super-GAU in Fukushima» darf zu Recht für sich beanspruchen, auf dem aktuellsten Stand der Ereignisse zu sein. Der Zusatz im Titel, «Ein nukleares Lesebuch», verdeutlicht, dass der Sammelband keine wissenschaftliche Abhandlung sein will. Aktuelle Daten über bestehende und geplante Atomanlagen, zu in den Meeren verkehrenden, atomar angetriebenen oder mit Atomwaffen bestückten Schiffen sind eine interessante Ergänzung. Praktisch ist auch ein sogenanntes «Atom-Abc», in dem häufig verwendete Begriffe verständlich erklärt werden. Infografiken und ein ausführliches Literaturverzeichnis runden den Band ab. Manchmal möchte man «am liebsten die Arme um den Kopf schlingen, sich die Augen und Ohren zuhalten, sich verkriechen in eine Grube, eine Höhle, in eine Erdspalte». So beschrieb der weissrussische Schriftsteller Boris Petrowitsch seine Gefühle unmittelbar nach Tschernobyl. Heute, gut 25 Jahre nach der Katastrophe, glaubt der weissrussische Philosoph Valentin Akudowitsch rechtfertigen zu müssen, warum sich viele seiner Landsleute nicht gerne an Tschernobyl erinnern: «Indem sie diese erneute Katastrophe rasch vergassen, machten sie den Weg frei für neues Leben im Todesgebiet.»



Peter Jaeggi

Tschernobyl für immer. Von den Atombombenversuchen im Pazifik bis zum Super-GAU in Fukushima. Ein nukleares Lesebuch. Lenos Verlag, 2011, 408 Seiten, 34 Fr.

In Libyen sollen nun alle mitmachen

Wie baut man nach Jahrzehnten Diktatur eine Demokratie auf?

Von Astrid Frefel, Tripolis

Im historischen Stadthaus von Tripolis herrscht reger Betrieb. Bürger wollen von der neuen Stadtführung wissen, wie sie sich engagieren können. Alle die hier arbeiten; von den Wächern am Tor bis zu Hishar Kreish, dem stellvertretenden Vorsitzenden des Stadtrates, tun dies mit revolutionärem Eifer, das heisst freiwillig und ohne Bezahlung. Der Geschäftsmann und Vertreter einer bekannten Familie aus Tripolis wurde von der «Koalition des 17. Februar», der «Itilaf» angefragt, ob er sich für dieses Amt zur Verfügung stellen würde.

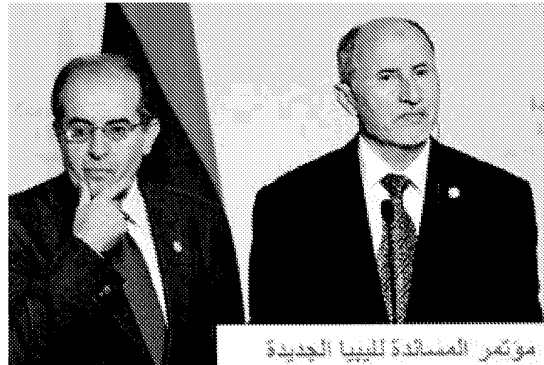
Die «Itilaf» ist ein Zusammenschluss von acht Basisgruppen. Sie sind so etwas wie das Gewissen der Revolution und wachen darüber, dass die Grundprinzipien nicht verraten werden. In Tripolis gehören dazu auch über 100 Persönlichkeiten, die schon vor der Revolution ein Papier unterschrieben haben, indem Gaddafi-Sohn Seif al-Islam aufgefördert wurde, Reformen anzugehen.

Kein Blut an den Händen

Aus der Unterstützung der «Itilaf» beziehen die Mitglieder des Stadtrates, die alle als Fachleute bestimmte Kompetenzen mitbringen und keine politischen Strömungen vertreten, ihre Legitimität. Bei der Auswahl wurde darauf geschaut, dass sie kein Blut an den Händen und eine möglichst grosse Distanz zum alten Regime haben.

Wenn in einigen Monaten erstmals auf Landesebene gewählt wird, sollen auch die Stadträte von der Bevölkerung bestimmt werden. Kreish hat sich wie viele seiner Kollegen noch nicht entschieden, ob er eine politische Karriere anstreben oder nicht das ruhige Leben eines Geschäftsmannes – wie er selber sagt – vorziehen wird.

Auf der höheren Ebene, jener des Nationalen Übergangsrates (NTC) ist bereits eine gewissen politische Färbung auszumachen. Der Vorsitzende, Mustafa Abdul Jalil, hat deshalb etwa kurz nach Ausbruch der Revolution Amin Bel Hajj, ein prominentes Mitglied der Muslimbrüder, aus dem Exil zurückgeholt, da-



Führende Köpfe des neuen Libyen, Mahmoud Jibril vom Übergangsrat (l.) und Mustafa Abdul Jalil vom Exekutivkomitee. Foto Keystone

mit mindestens einer der sechs NTC-Mitglieder von Tripolis die Islamisten vertritt. «Wir streben eine Verfassung an, die alle Libyer reflektiert und keine Verfassung der Muslimbrüder», skizziert Bel Hajj im Gespräch seine Vorstellungen. Dass das neue libysche Grundgesetz, wie etwa auch das ägyptische, das islamische Recht als wichtigste Rechtsgrundlage haben wird, darüber gibt es einen breiten Konsens.

Moderate Islamisten

«Die Islamisten in Libyen sind sehr moderat; die Libyer generell offen für alle Strömungen der Gesellschaft. Demokratie bedeutet nichts anderes, als dass wir alle, ob Islamisten, Kommunisten oder Liberale akzeptieren, wenn sie sich an die Spielregeln halten», betont Said Laswad, Professor für Politologie an der Universität von Tripolis. Er ist sehr optimistisch, dass die politische Transformation gelingen wird. «Die Menschen wissen, dass sie dafür etwas tun müssen. Der lange militärische Kampf, die vielen Toten, das war wie eine Katharsis, die zusammen geschweisst hat», ist der in den USA ausgebildete Professor überzeugt.

Einen schlechten Start hatte das bisherige Exekutivkomitee, faktisch die neue Regierung. Nicht effizient, zu nah am alten Regime, intransparent und wenig kommunikativ, waren die Hauptvorwürfe, die nicht selten direkt an den Vorsitzenden Mahmoud Jibril gerichtet waren. «Wir in Tripolis konnten sechs Monate nur zusehen. Wir waren von allen Entscheidungen ausgeschlossen. Jetzt muss dafür gesorgt werden, dass auch Vertreter der Hauptstadt mit entsprechendem Gewicht in den Neuaufbau einbezogen werden», betont Laswad.

Ein Hauptkritikpunkt ist die mangelnde Transparenz bei Entscheiden und Nominierungen. «Das hat verbreitetes Misstrauen geschaffen. Bei allen Nominierungen müssen künftig die lokalen Räte konsultiert werden. Geschichte dies nicht, werden Leute auf die Strasse gehen. Demonstrationen werden schon vorbereitet», warnt er. Auch Laswad bringt sich in der aufkeimenden Zivilgesellschaft ein, in der in den letzten Monaten Hunderte von Gruppierungen im ganzen Land entstanden sind. Er macht in einem Verein mit, der sich zum Ziel gesetzt hat, die Werte der Revolution zu verteidigen.